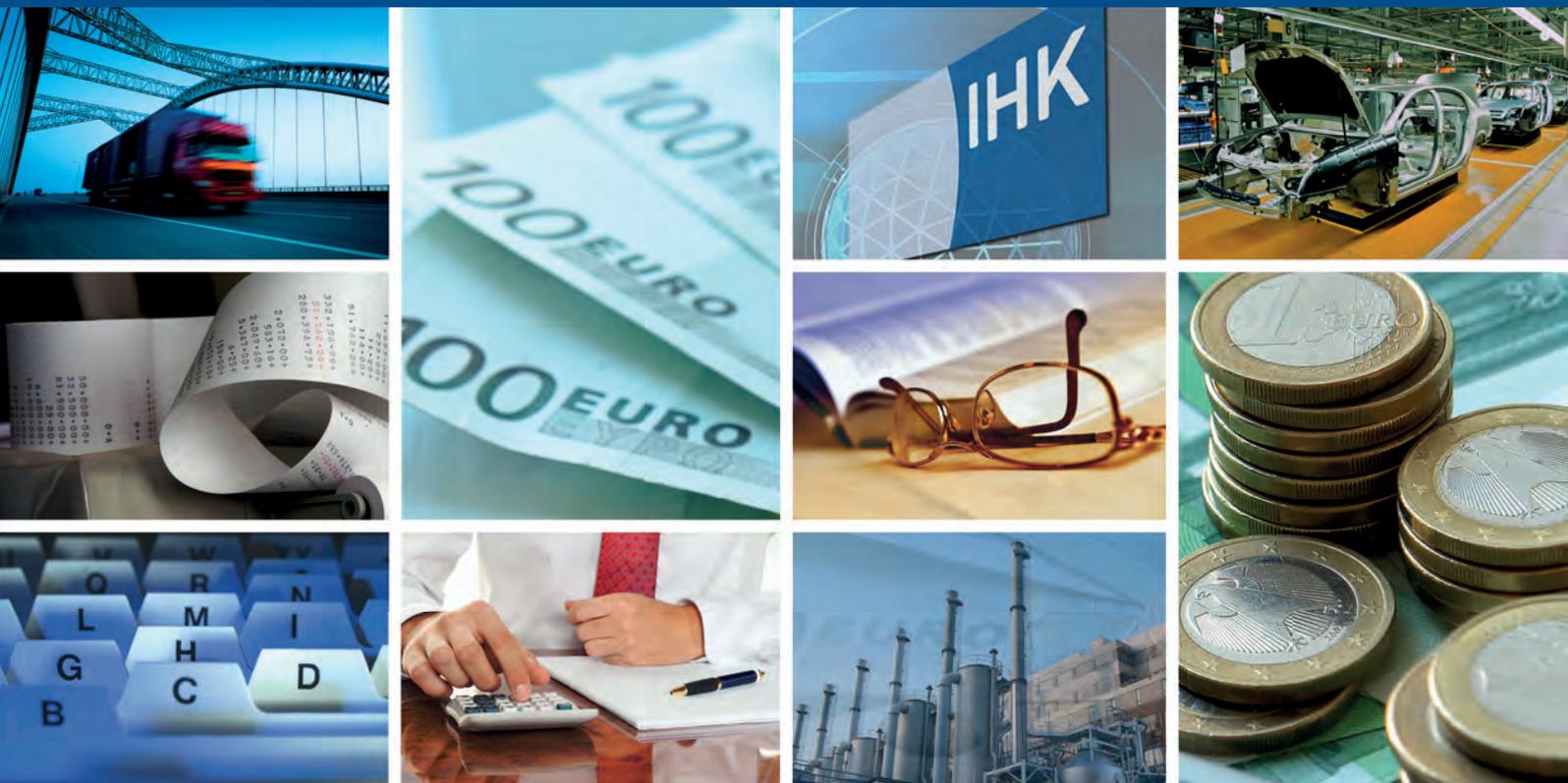


# Wirtschaftspolitik bremst Mittelstand

DIHK-Konjunkturschlaglicht Mittelstand  
Jahresbeginn 2016



Die vorliegende Sonderauswertung Mittelstand wertet Antworten von mehr als 25.000 kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten (KMU) aus, die von den 79 IHKs von Anfang Dezember 2015 bis Mitte Januar 2016 zu ihrer wirtschaftlichen Situation befragt wurden (DIHK-Konjunkturumfrage). Die Auswertung gibt ein gutes Bild über die wirtschaftliche Lage kleiner und mittelgroßer Unternehmen in Deutschland. Zum Vergleich hat der DIHK die Antworten von mehr als 2.000 Unternehmen mit jeweils mehr als 500 Beschäftigten herangezogen. Die größenbezogene Auswertung ermöglicht es, Unterschiede in den konjunkturellen Reaktionsmustern kleiner und mittelgroßer Unternehmen einerseits und großer Unternehmen andererseits aufzuzeigen.

Herausgeber  
und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.  
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte  
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union  
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles  
Telefon +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet: [www.dihk.de](http://www.dihk.de)  
Facebook: [www.facebook.com/DIHKBerlin](https://www.facebook.com/DIHKBerlin)  
Twitter: [http://twitter.com/DIHK\\_News](https://twitter.com/DIHK_News)

Redaktion

Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Industrie/Innovation

Dr. Marc Evers

Bildnachweise

[www.Thinkstock.de](http://www.Thinkstock.de) / [www.gettyimages.com](http://www.gettyimages.com)

Stand

März 2016

## Wirtschaftspolitik bremst Mittelstand

- **Der Beschäftigungsaufbau im Mittelstand geht weiter, wenn auch gebremst.** Der DIHK rechnet für das Jahr 2016 mit 200.000 neuen Stellen im Mittelstand – in den fünf Jahren zuvor war der Zuwachs allerdings größer. 18 Prozent der KMU planen derzeit Neueinstellungen, nur elf Prozent wollen Personal abbauen.
- **Zugleich sieht der Mittelstand Risiken, welche die Geschäfte in den nächsten Monaten hemmen könnten.** 44 Prozent sorgen sich um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, mehr als in den zurückliegenden fünf Jahren. So drohen auf dem Arbeitsmarkt weitere Regulierungen mit dem Entgeltgleichheitsgesetz sowie bei Zeitarbeit und Werkverträgen. Bei der Erbschaftsteuer befürchten viele Unternehmen Einschnitte im Nachfolgefall. So sorgt sich sogar jeder zweite große Mittelständler um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen – in dieser Größenklasse sind besonders viele Familienbetriebe, die mit ihrem Unternehmenskapital Werte und Beschäftigung schaffen. International aktive Unternehmen sorgen sich um internationale Krisenherde sowie um die noch immer zahlreichen Reformbaustellen in Europa. Und auch die nicht gelöste Flüchtlingskrise macht viele nachdenklich – ob der enormen Herausforderungen der Integration, drohender Grenzkontrollen und politischer Konflikte in der EU. Zudem sehen 43 Prozent der KMU im Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko, mehr als je zuvor.
- **40 Prozent der Mittelständler befürchten Rückschläge durch steigende Arbeitskosten.** Unter den Unternehmen mit 200 bis 500 Beschäftigten sind es sogar 44 Prozent – ein Rekordwert. Gegen den Trend nehmen diese Unternehmen ihre Beschäftigungspläne zurück.
- **Anders als der Mittelstand revidieren große Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten ihre Personalpläne deutlich nach unten.** Das gilt besonders für große Investitionsgüterhersteller. Sie erwarten in der nächsten Zeit kein spürbares Anziehen der Investitionsnachfrage. 43 Prozent befürchten Rückschläge bei der Inlandsnachfrage (Herbst 2015: 39 Prozent). Zwei Drittel geben schwächelnde Auslandsnachfrage als Geschäftsrisiko an, mehr als jedes zweite (52 Prozent) die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Unsicherheit herrscht etwa infolge internationaler Krisen (Naher Osten, Türkei, Ukraine-Russland). Diese Unternehmen sind wichtig für die deutsche Wirtschaft – von ihrem Engagement profitiert auch eine Vielzahl von Zulieferern aus dem Mittelstand.
- **Beschäftigungstreiber sind abermals die kleinen und mittelgroßen Dienstleistungsunternehmen,** so die Kultur- und Kreativwirtschaft oder Services wie Wäschereien, Frisörsalons, Saunen und Solarien. Viele KMU erwarten, dass niedrige Öl- und Energiepreise sowie gestiegene Verbrauchereinkommen die Kaufkraft ihrer Kunden weiter stärken. Unternehmensberater verspüren angesichts von Digitalisierung, zunehmendem Fachkräftemangel, fortschreitender Internationalisierung und gleichzeitiger Krisenszenarien eine wachsende Nachfrage. IT-Dienstleister profitieren besonders von der zunehmenden Digitalisierung, spüren aber auch einen starken Mangel an qualifizierten Fachkräften.

## Was zu tun ist

Auf Grundlage der Antworten von mehr als 27.000 Unternehmen sowie der Beratungen mit dem DIHK-Mittelstandsausschuss richtet der DIHK folgende Empfehlungen an die Politik:

- Mit der Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Beschäftigung kommt eine Herkules-Aufgabe auf den Mittelstand zu. Umso mehr brauchen Unternehmen ein wirtschaftspolitisches Umfeld, das sie nicht zusätzlich belastet. Angesichts von 44 Prozent der Mittelständler, welche die Wirtschaftspolitik derzeit als Geschäftsrisiko sehen, sollte die Politik umdenken. Die Unternehmen brauchen ein Belastungsmoratorium.
- Insbesondere die Pläne für ein Entgeltgleichheitsgesetz und zur Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen gehören auf Eis gelegt. Diese Vorhaben laufen Anforderungen der Digitalisierung und einer modernen Arbeits- und Wirtschaftswelt zuwider, in der es immer mehr auf Flexibilität und das Zusammenwirken von Dienstleistern und kleinen, mittelgroßen und großen Unternehmen ankommt.
- Die Flüchtlingskrise darf nicht dazu führen, wichtige Reformvorhaben „liegen zu lassen“. Es gibt eine Reihe kluger Aktionen, die dem Mittelstand Schub verleihen würden, so die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen von zehn auf fünf Jahre, die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, die Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von 410 auf 1.000 Euro und das Recht auf kostenfreie verbindliche Auskünfte von den Finanzämtern.
- Zur Eindämmung von Unsicherheiten aber auch von Dokumentationsbürokratie beim gesetzlichen Mindestlohn muss der Gesetzgeber eindeutige Informationen bereitstellen, die den Zollbehörden und den Unternehmen als verlässliche Orientierung dienen. Das gilt insbesondere für Aufzeichnungspflichten bzgl. der Arbeitszeit, die Auftraggeberhaftung, den Umgang bei Praktika und die Frage, welche Lohnbestandteile zum Mindestlohn zählen. Bei den Kontrollen vor Ort muss der Zoll sensibel vorgehen und darf nicht den Eindruck der pauschalen Kriminalisierung von Unternehmen hervorrufen.

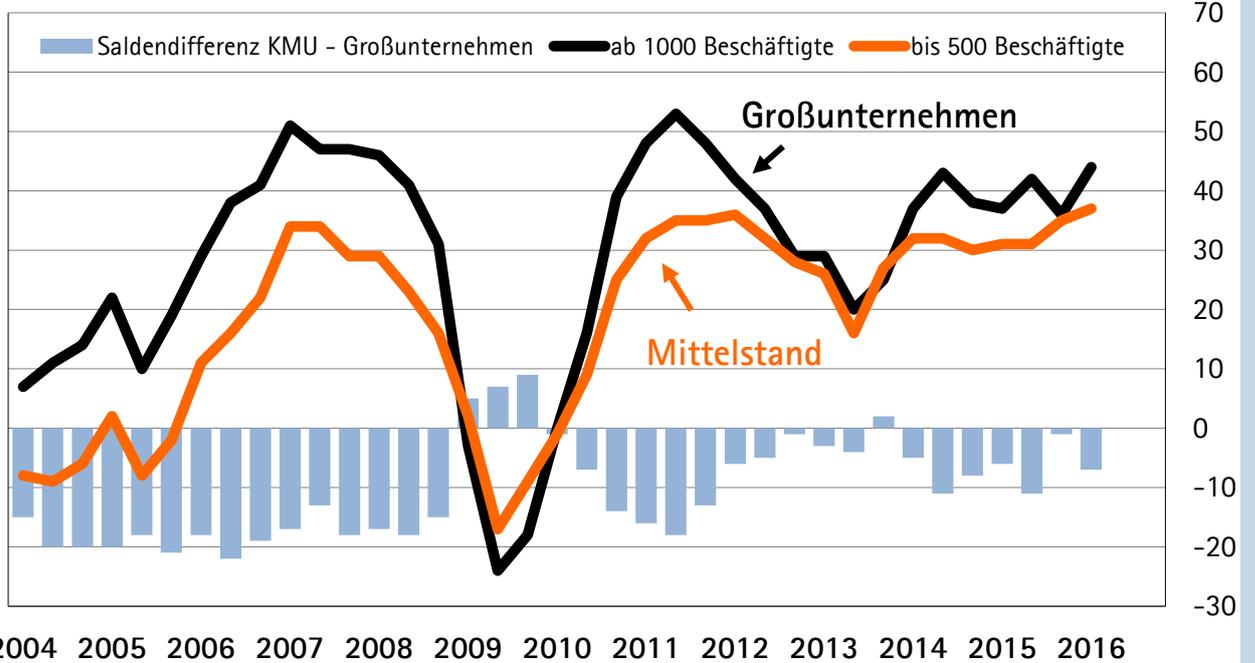
- Bei der Erbschaftsteuer muss die Bundesregierung die Weichen jetzt richtig stellen, denn nach der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts muss die Neuregelung bereits am 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten. Erstens müssen bei der Unternehmensbewertung die bei eigentümer- und familiengeführten Unternehmen typischen Verfügungsbeschränkungen wie Thesaurierungsvorgaben oder Veräußerungsbeschränkungen berücksichtigt werden. Auch der beim Vereinfachten Ertragswertverfahren anzuwendende Faktor, mit dem der durchschnittliche Jahresgewinn multipliziert wird, muss angepasst werden. Aktuell beträgt der Faktor 17,9 und führt zu einer deutlichen Überzeichnung von Unternehmenswerten. Zweitens muss eine angepasste neue Definition des betriebsnotwendigen Vermögens dem Unternehmensalltag entsprechen und für Unternehmen wie Finanzverwaltung rechtssicher und praktikabel sein. Hier muss vor allem sichergestellt werden, dass sämtliche Mittel, die in den Betrieben für die Altersvorsorge eingesetzt werden, zum notwendigen Betriebsvermögen zählen. Drittens sollten generell bei Übertragungen – also bei Vererbungen und bei Schenkungen – Stundungsregelungen den Unternehmen eine effektive zeitliche Verteilung der wahrscheinlich entstehenden steuerlichen Belastungen ermöglichen.
- Der Bundestag hat beschlossen, den Bezugszeitraum für die Berechnung von Pensionsrückstellungen von sieben auf zehn Jahre zu verlängern. Das verhindert, dass Unternehmen überhöhte Rückstellungen bilden müssen. Damit hat der Bundestag den Unternehmen vorläufig eine Entlastung verschafft. Die Erleichterung ist jedoch mit einer bitteren Pille verbunden: Der Differenzbetrag zwischen Rückstellungen nach altem Recht und Rückstellungen nach neuem Recht soll einer Ausschüttungssperre unterliegen. Das verursacht bei den Betrieben erhebliche Kosten. Vor allem steigt der bürokratische Aufwand, weil die Betriebe u. a. ein zusätzliches Gutachten zur Pensionsberechnung beauftragen müssen. Auch wenn den Handelsbilanzen der Unternehmen jetzt etwas Luft verschafft wurde, bleibt eine Anpassung der steuerlichen Bewertung von Pensionsrückstellungen dringend erforderlich. Denn in den Steuerbilanzen werden die Pensionszusagen weiterhin fix mit sechs Prozent abgezinst. Folge ist, dass für steuerliche Zwecke zu geringe Pensionsrückstellungen als Aufwand akzeptiert werden. Letztlich werden deshalb weiterhin Gewinne besteuert, die von den Betrieben überhaupt nicht realisiert wurden.

# Geschäftslage: Neuer Rekord im Mittelstand

<b>Geschäfte im Mittelstand laufen</b>	45 Prozent der kleinen und mittelgroßen Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten (KMU) bewerten ihre Geschäftslage mit „gut“, lediglich acht Prozent mit „schlecht“. Der sich ergebende Geschäftslagesaldo aus „gut“ und „schlecht“-Anteilen von 37 Punkten liegt zwei Punkte höher als im Herbst 2015. Er ist der höchste, der jemals für den Mittelstand in der DIHK-Konjunkturumfrage gemessen wurde.
<b>Konsumgetriebener Aufschwung beflügelt den Mittelstand</b>	Niedrige Energiepreise und gestiegene Einkommen verleihen den Kunden Kaufkraft. Das spüren konsumnahe Branchen, dort ist der Anteil an KMU besonders hoch. So melden die kleinen und mittelgroßen Dienstleistungsunternehmen eine Rekordgeschäftslage (Saldo: 41 Punkte), so etwa die Gastronomie (37). Der Straßengüterverkehr profitiert von den niedrigen Treibstoffpreisen (Rekordlagesaldo von 28 Punkten). Die kleinen und mittelgroßen Einzelhändler bewerten ihre Lage nur leicht besser (um einen auf aktuell 23 Punkte). Das Geschäft mit Winterbekleidung lief wegen der milden Witterung nicht ganz so gut wie gedacht.
<b>Große noch stärker verbessert</b>	Noch stärker verbessert hat sich die Geschäftslage der großen Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten – um acht auf 44 Punkte. Damit bewerten die Großen ihre derzeitigen Geschäfte deutlich besser als die KMU (Saldo sieben Punkte höher), nachdem Mittelstand und Große in der Vorumfrage fast gleichauf lagen (Herbst 2015: Große 36, KMU 35 Punkte).
<b>Rekordgeschäfte bei großen Dienstleistern</b>	Vor allem große Dienstleister melden gute Geschäfte (Saldoanstieg um zwölf Punkte auf einen Rekord von 51 Punkten). Hier stechen die unternehmensbezogenen Dienstleister hervor (Anstieg um zwölf Punkte auf neuen Rekord von 55 Punkten), wie Unternehmensberater, Steuerberater, Rechtsberater und Wirtschaftsprüfer. Sie spüren wachsende Nachfrage nach Expertenrat, infolge von Digitalisierung, zunehmendem Fachkräftemangel und fortschreitender Internationalisierung. Auch die kleinen und mittelgroßen IT-Dienstleister vermelden eine Rekordlage (51). Insgesamt legen die kleinen und mittelgroßen Dienstleister nicht so stark zu, erreichen aber ebenfalls einen neuen Rekord (Zuwachs um einen Punkt auf 41 Punkte).
<b>Maschinenbau: KMU mit besserer Geschäftslage als Große</b>	Der industrielle Mittelstand sieht seine Lage um vier Punkte verbessert (Anstieg von 29 auf 33 Punkte). Im Maschinenbau, einer industriellen Schlüsselbranche, liegen die Lageurteile der KMU (35) über denen der Großunternehmen (26). In dieser Branche sind viele der 1.300 deutschen Hidden Champions beheimatet, die sich durch hohe Innovationstätigkeit und Kundennähe weltweite Spitzenplätze in spezialisierten Märkten erarbeitet haben.

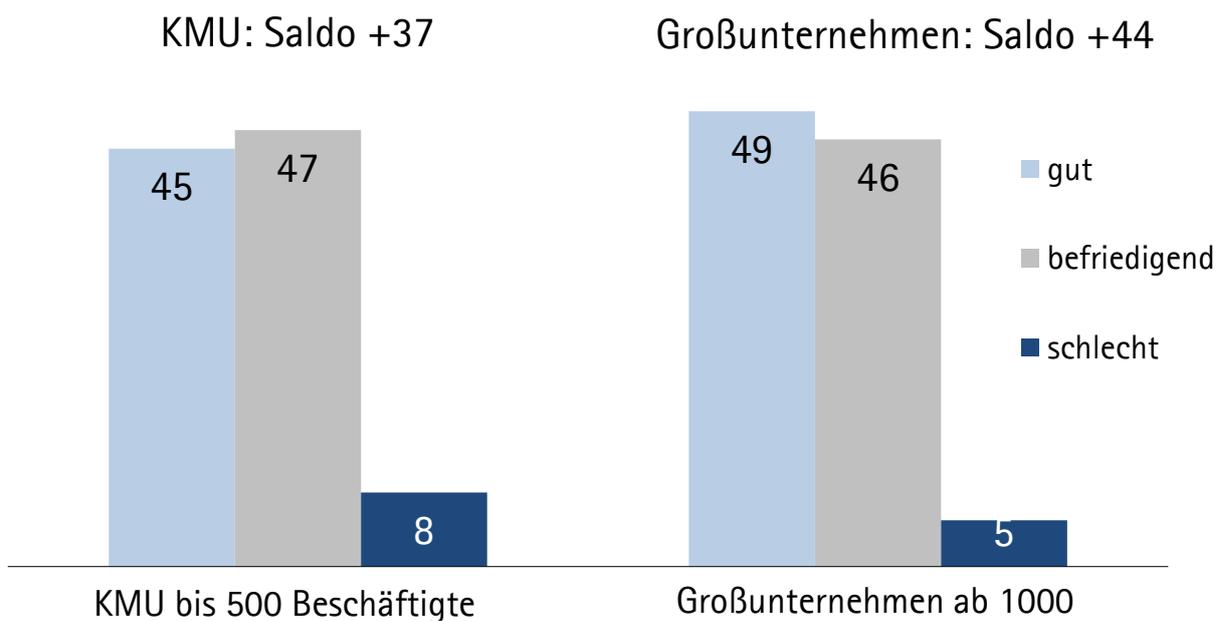
## Geschäftslage: Neuer Rekord im Mittelstand

Saldo aus "Gut"- und "Schlecht"-Antworten in Punkten



## Geschäftslage

Angaben in Prozent



## Erwartungen: Mittelstand überholt die Großen

### Mittelstand blickt wieder zuversichtlicher nach vorne

Der Anteil der KMU, die optimistisch auf den weiteren Jahresverlauf schauen, steigt von 22 auf 24 Prozent, der Anteil der Pessimisten bleibt bei 13 Prozent. Mit einem Antwortsaldo von elf Punkten liegt der Mittelstand erstmals seit drei Jahren vor den Großunternehmen, bei denen der Geschäftsoptimismus weiter leicht nachlässt (Saldenrückgang um einen auf zehn Punkte gegenüber Herbst 2015).

### Konsumnahe Mittelständler sehen weiter wachsende Nachfrage ...

Historisch niedrige Energiepreise lassen gerade konsumnahe Branchen auf weitere Nachfrage hoffen, besonders Lebensmittelhersteller (Saldenverbesserung der KMU um sieben auf 15 Punkte) und Hersteller von Textil-, Bekleidungs- und Lederartikeln (Anstieg um sechs auf elf Punkte). Kleine und mittelgroße Einzelhändler hingegen nehmen ihre Zuversicht zurück (um zwei auf vier Punkte). Der zunehmende Wettbewerb durch den Online-Handel dürfte hier eine Rolle spielen.

### ... industrieller Mittelstand wieder mehr Chancen im Auslandsgeschäft

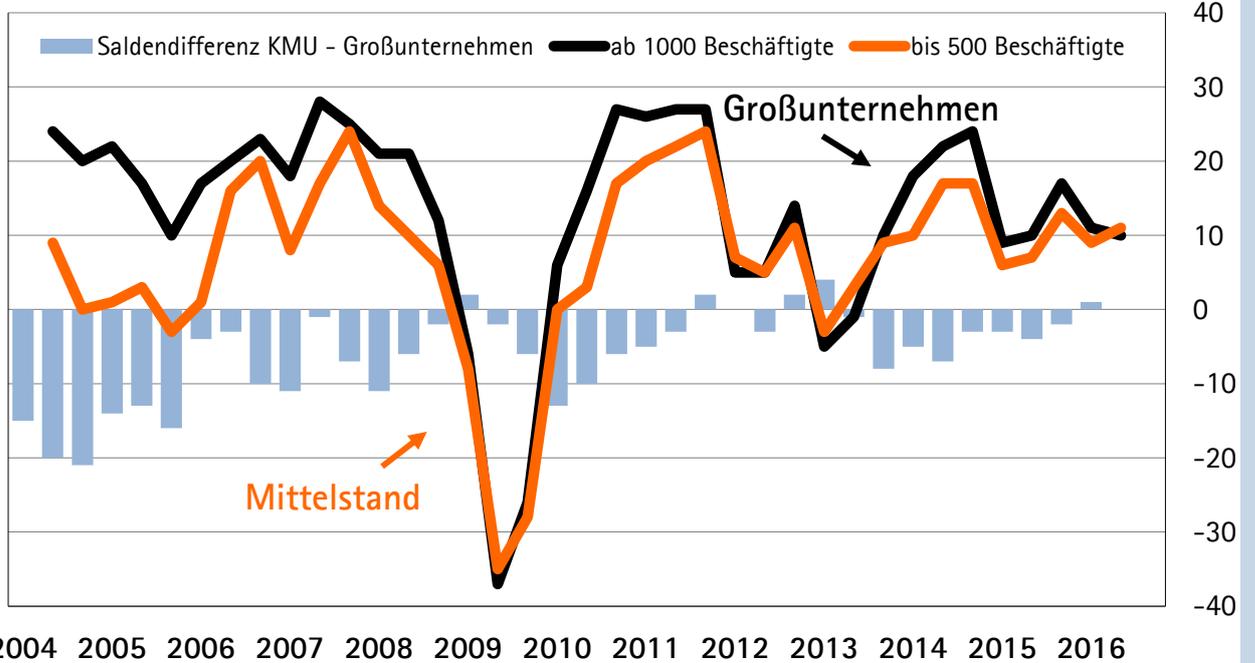
Kleine und mittelgroße Industrieunternehmen sehen überdurchschnittlich verbesserte Geschäftsperspektiven (Saldenanstieg um drei auf 14 Punkte). Die großen Nachfragesorgen vom Herbst 2015 lösen sich allmählich – zumindest für die USA und die für den Mittelstand besonders wichtigen europäischen Märkten. Insbesondere die großen Investitionsgüterhersteller schrauben ihre Erwartungen zurück (Rückgang um sechs auf 19 Punkte), so etwa die Maschinenbauer (um zwei auf 15 Punkte), sie erwarten in den nächsten Monaten kein spürbares Anziehen der Investitionsnachfrage. Insgesamt reduzieren große Industrieunternehmen ihre Erwartungen spürbar (um per Saldo vier auf 17 Punkte.)

### Bäume wachsen nicht in den Himmel

Den leicht verbesserten Perspektiven im Mittelstand stehen wachsende Risiken entgegen, welche die Geschäfte in den nächsten Monaten ausbremsen könnten. 44 Prozent sorgen sich inzwischen um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, so viele wie bei noch keiner Abfrage der Risiken im Rahmen der DIHK-Konjunkturumfrage (seit 2010). Auf dem Arbeitsmarkt drohen weitere Regulierungen mit dem Entgeltgleichheitsgesetz sowie weiterhin Regulierungen bei Zeitarbeit und Werkverträgen. Bei der Erbschaftsteuer befürchten viele Unternehmen herbe Einschnitte im Nachfolgefall. So sieht sogar jeder zweite große Mittelständler mit 200 bis 1.000 Beschäftigten die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risiko – in dieser Größenklasse sind besonders viele Familienbetriebe, die mit ihrem Unternehmenskapital Werte und Beschäftigung schaffen. Auslandsaktive Unternehmen sorgen sich um internationale Krisenherde sowie um die noch immer zahlreichen Reformbaustellen in Europa. Auch die nicht gelöste Flüchtlingskrise macht viele nachdenklich – ob der enormen Herausforderungen der Integration, drohender Grenzkontrollen und politischer Konflikte in der EU. Zudem sehen 43 Prozent im Fachkräftemangel ein Risiko, mehr als je zuvor.

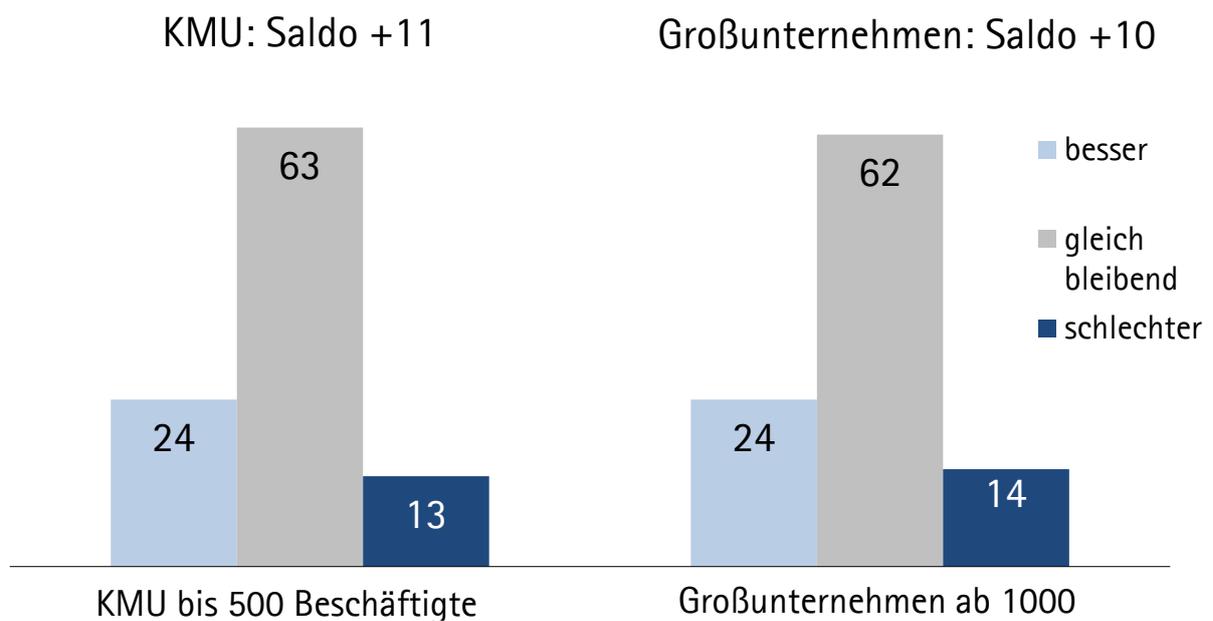
## Erwartungen: Mittelstand überholt die Großen

Saldo aus "Besser"- und "Schlechter"-Antworten in Punkten



## Geschäftserwartungen

Angaben in Prozent

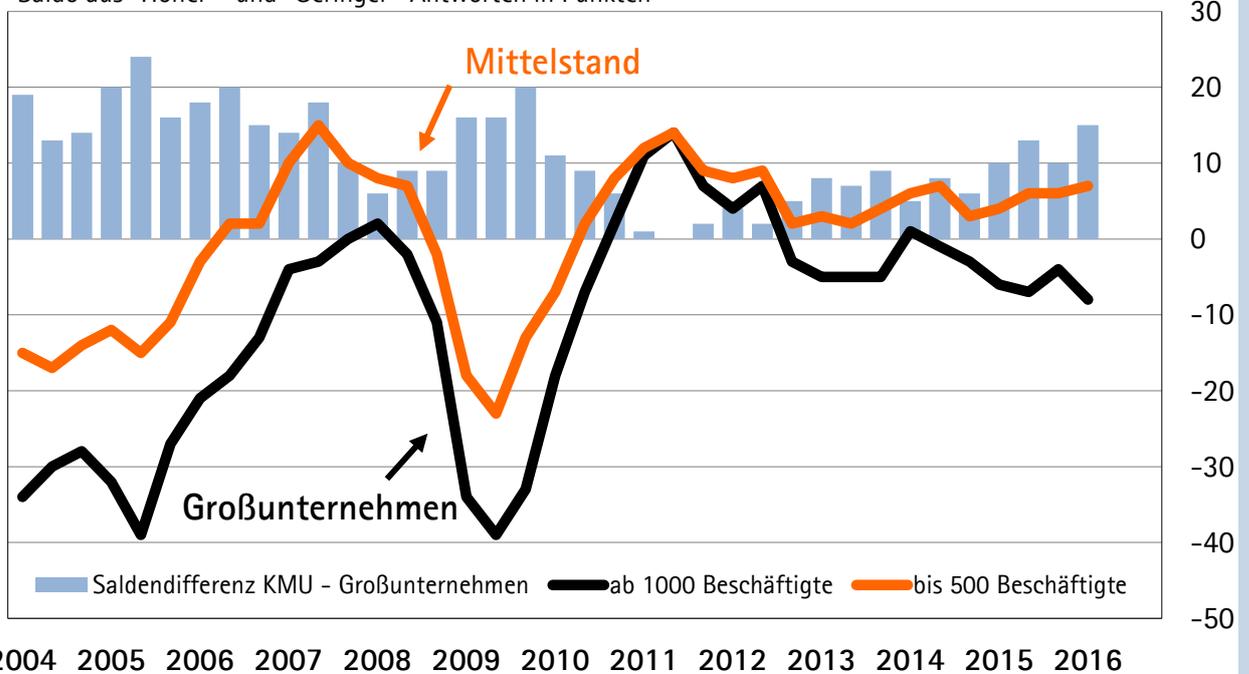


## KMU einstellungsbereit, aber mit Sorgen

<b>Hohe Einstellungsbereitschaft im Mittelstand ...</b>	18 Prozent der KMU planen mehr Neueinstellungen, nur elf Prozent wollen Beschäftigung abbauen. Mit einem Saldo von sieben Punkten liegt die Einstellungsbereitschaft zu Jahresbeginn 2016 einen Punkt höher als in der Vorumfrage.
<b>... doch Sorge um Wirtschaftspolitik ...</b>	Aufwändige Dokumentationspflichten und teils unangemessen harsche Kontrollen beim gesetzlichen Mindestlohn, die Pläne zur Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen sowie für ein Entgeltgleichheitsgesetz lassen die Unternehmen am Arbeitsmarkt zurückhaltender agieren. 44 Prozent sehen die Wirtschaftspolitik mittlerweile als Geschäftsrisiko, so viel wie in keiner bisherigen Risikobefragung.
<b>... und hohe Arbeitskosten</b>	40 Prozent befürchten durch steigende Arbeitskosten Rückschläge bei ihren Geschäften. Unter den Unternehmen mit 200 bis 500 Beschäftigten sind es sogar 44 Prozent – ein Rekordwert. Gegen den Trend nehmen diese Unternehmen ihre Beschäftigungspläne zurück (um drei auf einen Punkt). Bei der Sorge um die Arbeitskosten schwingt auch der Fachkräftemangel mit (von 43 Prozent genannt).
<b>Industrieller Mittelstand etwas expansiver</b>	Die kleinen und mittelgroßen Industrieunternehmen weiten ihre Personalpläne etwas aus (um zwei auf fünf Punkte), Ge- und Verbrauchsgüterhersteller spüren rege Konsumnachfrage (Anstieg um fünf auf vier). Nachlassende Sorgen um Auslandsnachfrage lassen die Pläne auch exportorientierter Zweige steigen, so bei den kleinen und mittelgroßen Maschinenbauern (Anstieg um vier auf sieben Punkte).
<b>Große nehmen Pläne deutlich zurück</b>	Die großen Unternehmen revidieren ihre Personalpläne deutlich nach unten (um vier auf minus acht Punkte). Gerade große Investitionsgüterhersteller wollen weniger einstellen (Rückgang um sechs auf minus neun). Sie erwarten in der nächsten Zeit kein spürbares Anziehen der Investitionsnachfrage. 43 Prozent befürchten Rückschläge bei der Inlandsnachfrage (Herbst 2015: 39 Prozent). Zwei Drittel sehen die schwächelnde Auslandsnachfrage etwa der nicht mehr so stark wachsenden Schwellenländer wie China als Risiko, mehr als jedes zweite (52 Prozent) die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Unsicherheit herrscht etwa infolge internationaler Krisen (Naher Osten, Türkei, Ukraine-Russland). Zudem steigt das Arbeitskostenrisiko (um zehn auf 41 Prozent), zugleich spielen bei den eigenen Investitionen Rationalisierungsgründe eine große Rolle (56 Prozent; Gesamtwirtschaft: 32 Prozent). Bei den großen Maschinenbauern ist sogar Personalabbau im weiteren Jahresverlauf nicht auszuschließen (Rückgang um drei auf minus zehn).
<b>Beschäftigungstreiber Dienstleistungen</b>	Die kleinen und mittelgroßen Dienstleister erwarten höhere Nachfrage infolge niedriger Energiepreise und gestiegener Einkommen ihrer Kunden (zehn Punkte). Besonders die Kultur- und Kreativwirtschaft (17) sowie Wäschereien, Frisörsalons, Saunen und Solarien (zwölf) sind einstellungsbereit. Expansiv planen unternehmensbezogene Dienstleister (20). So spüren Unternehmensberater angesichts von Digitalisierung, zunehmendem Fachkräftemangel, fortschreitender Internationalisierung und gleichzeitiger Krisenszenarien wachsende Beratungsnachfrage (19). IT-Dienstleister profitieren von zunehmender Digitalisierung (31), spüren aber auch starken Fachkräftemangel (48 Prozent).

### Beschäftigungsabsichten: KMU deutlich expansiver

Saldo aus "Höher"- und "Geringer"-Antworten in Punkten



### Beschäftigungsabsichten

Angaben in Prozent

